71. Jahrgang. № 164 Donnerstag, 7. April 1927

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20011

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. April 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Postbezugspreis für Monat April 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlg.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Erstklassiges Restaurant
Täglich 4 Uhr: Tanz-Tee

„Barberina"
Prager Straße / Reitbahnstraße

Abends 8 Uhr: Das Parkett der
Attraktionen aller Welt

Der Reichshaushalt endgültig angenommen.

Gegen die Linke, einen Teil der Wirtschaftspartei und der Nationalsozialisten.

Große Chinadebatte im Unterhaus. — Französisch-russische Schuldeneinigung. — Drei Todesurteile im Mologa-Prozeß.

238 gegen 166 Stimmen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 6. April. Im Reichstage wurde heute der Haushaltplan in namentlicher Abstimmung mit 238 gegen 166 Stimmen bei sechs Enthaltungen angenommen. **Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten, ein Teil der Wirtschaftspartei und einige Nationalsozialisten.**

Die Reichstags-Sitzung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 6. April. Der Reichstag begann seine heutige Sitzung mit der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über die **Erlaubnispflicht für die Herstellung von Zündhölzern.** Nach der Vorlage ist die Herstellung nur mit Erlaubnis des Reichswirtschaftsministers zulässig. Bengalische und andere Feuerwerkszündhölzer unterliegen nicht dem Gesetz. Die Erlaubnis ist nur zu erteilen, wenn ein volkswirtschaftliches Bedürfnis besteht. Vor der Genehmigung eines neuen Betriebes ist der Reichswirtschaftsrat zu hören. — **Abg. Hilferding** beantragte Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß. **Da die Regierungsparteien schwach vertreten waren, wurde dieser Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und einigen Wirtschaftsparteilern angenommen.**

Darauf fand die

Schlußabstimmung über den Reichshaushaltplan

statt. Zuvor gab **Abg. Erkelenz** (Dem.) eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die bisherige Entwicklung der Politik des neuen Kabinetts die demokratischen Befürchtungen gerechtfertigt hätte. In der Außenpolitik hätte die neue Regierung keine Fortschritte erzielen können. In der Finanzpolitik sei ein bedauerlicher Rückschritt zu verzeichnen. In der Handelspolitik seien nur Provisorien zu bewerten. Mäßige Ersparnisse bei der Reichswehr habe man abgelehnt. Es würde aber den Regeln der parlamentarischen Demokratie widersprechen, den Haushalt in der Gesamtabstimmung abzulehnen. **Die demokratische Fraktion werde dem Etat trotz ihrer ablehnenden Stellung in vielen Einzelheiten bei der Gesamtabstimmung zustimmen, um die Arbeit der Reichs- und Länderverwaltungen nicht zu hemmen und dem Verantwortungsgefühl für Volk und Republik Ausdruck zu geben.**

Abg. **Müller**, Franken (Soz.), gab gleichfalls eine Erklärung ab, in der er betonte, daß der Etat zwar äußerlich im Gleichgewicht sei, innerlich aber einen Fehlbetrag enthalte. Das wäre der Beginn einer höchst bedenklichen Finanzwirtschaft. Ersparnisse seien nur bei den sozialen Ausgaben vorgenommen worden, während es nicht gelungen sei, die unerträglich hohen Kosten von 700 Millionen für militärische Zwecke zu vermindern. Dagegen würden die Kulturausgaben vernachlässigt. Die versprochene Senkung der Zuckersteuer sei unterblieben. Die Mietsteuer werde durch die Länder erhöht. Die soziale Fürsorge sei unzulänglich. Die Lebenshaltung der Verbraucher würde ernstlich bedroht, und durch eine auf hohe Industriezölle gerichtete Handelspolitik würde die Aufrechterhaltung der hohen Preise für deutsche Erzeugnisse gefördert. **Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion lehne daher den gesamten Etat ab.** — Abg. **Stoecker** (Komm.) lehnte ebenfalls den Etat ab.

In der Schlußabstimmung wurde dann der Haushaltplan mit 238 gegen 166 Stimmen bei sechs Enthaltungen angenommen. Das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wurde in einfacher Abstimmung gegen die Antragsteller abgelehnt.

Es folgten dann die **Abstimmungen über die Entschließungen.** Angenommen wurde eine demokratische Entschließung, die an Stelle der verschiedenen Staatsangehörigkeiten eine Reichsangehörigkeit setzen will. Namentlich abgestimmt wurde über eine weitere demokratische Entschließung, die sich gegen das

Reichskonkordat

wendet. Dazu gab **Graf Westarp (Dn.) im Namen der Regierungsparteien** folgende **Erklärung** ab:

„Die in der demokratischen Entschließung behandelten Fragen sind von so weitgehender Bedeutung und in ihren Einzelheiten noch so wenig geklärt, daß ihre Lösung durch dehnbare, in ihren sachlichen Auswirkungen nicht übersehbare Formulierungen, wie sie in der demokratischen Entschließung angewandt sind, nicht gefördert werden kann. Um einer sachlichen Stellungnahme für die Zukunft nicht vorzugreifen, **lehnen wir daher die vorliegende Entschließung unserseits ab,** um so mehr, als es in dem gegenwärtigen Stadium der Etatberatungen unmöglich ist, in die notwendige eingehendere Erörterung einzutreten."

Die namentliche Abstimmung ergab die **Ablehnung der demokratischen Entschließung** mit 226 gegen 185 Stimmen.

Eine Ausschußentschließung, die den Reichskunstwart zu einer selbständigen Reichsbehörde machen will, wurde abgelehnt.

Auch die demokratische Entschließung auf Kürzung des Wehretats um 10 Prozent wurde abgelehnt.

Mit den Antragstellern stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten, der Bayrische Bauernbund und der Abgeordn. Bredt von der Wirtschaftspartei dafür. Stürmische Heiterkeit erregte es, als der Abg. Bredt vergeblich versuchte, die anderen Mitglieder der Wirtschaftspartei zu veranlassen, sich ihm anzuschließen. Angenommen wurde weiter eine Ausschußentschließung, die **besondere Gesetzesvorlagen für den Mittellandkanal, den Ihle-Plauer-Kanal, den Oder-Spree-Kanal, den Neckar-Kanal und den Donau-Main-Kanal verlangt.**

Ebenfalls zur Annahme gelangte eine andere Entschließung, die eine Nachprüfung der Pensionsgesetze, Einführung einer Höchstpension und Anrechnung der Nebenbezüge wenigstens bei hohen Pensionen fordert. Das darauf folgende Besatzungspersonenschädengesetz wurde ohne Aussprache in 2. und 3. Lesung einstimmig angenommen. Ebenfalls angenommen wurde in neuer Fassung das **Diätengesetz für die Reichstagsabgeordneten.** Die Aufwandsentschädigungen betragen nach wie vor 25 Prozent des Grundgehalts eines Reichsministers, also 619 Mark. Der Abgeordnete erhält ferner freie Fahrt auf allen deutschen Bahnen.

Das Haus vertagt sich dann auf Donnerstag. **Auf der Tagesordnung** steht das Arbeitszeitnotgesetz, das Handelsprovisorium mit Frankreich, das Saarabkommen, Getreidezollanschläge usw.

Ungarns Weg ins Freie.

Man kann die Romreise des ungarischen Ministerpräsidenten, Grafen Bethlen, in ihrer Bedeutung für die gegenwärtig im Zuge befindliche Umgruppierung auf dem Balkan, dem traditionellen Tummelplatz europäischer Interessenpolitik, nicht leicht überschätzen. Nicht daß der Abschluß eines Freundschafts-, Ausgleichs- und Schiedsvertrages eine weltbewegende Angelegenheit wäre. Derartige Verträge sind in der Zeit der Registrierung aller Verträge in Genf zu beliebten Mitteln der Diplomatie geworden, die nicht so sehr aus sich selbst heraus wirken, sondern mehr durch die Begleitumstände, unter denen sie geschlossen werden. Man braucht in ihnen auch nicht gleich immer politische Konfliktsmomente zu suchen. **Die Bedeutung des Vertrages zwischen Budapest und Rom liegt vielmehr darin,** daß er einmal für das durch das Versailler System eingekesselte und an jeder eigenen Regsamkeit behinderte Ungarn nach achtjährigem zähen Kampfe ein Niederreißen der Barrikaden auf dem Wege zur internationalen Politik darstellt, und daß er anderseits aufs neue einen interessanten Einblick in die außenpolitische Aktivität Italiens im Ausbau einer starken Machtstellung auf dem Balkan gewährt. Der Zerfall des Habsburgerreiches hatte für Ungarn eine geradezu trostlose Lage gebracht. Es stand nicht nur vor der Aufgabe, sich einen eigenen außenpolitischen Apparat zu schaffen, sondern es war auch durch Revolution und Bolschewistenherrschaft verarmt, hatte zwei Drittel seiner Bevölkerung und seines Gebietes verloren und war rings von den rachsüchtigen, um ihre Kriegsbeute besorgten Nutznießern der Auflösung des Donaureiches umgeben. Eine völlige außenpolitische Passivität ergab sich notwendig aus dieser bedrängten Lage. Jahrelang hat die zur Niederhaltung Ungarns geschaffene Kleine Entente einen Vernichtungsfeldzug gegen das verstümmelte Ungarn geführt, und es bedurfte einer überaus geschickten, von stärkstem nationalen Idealismus und Lebenswillen getragenen Politik, nicht nur die schwersten, Ungarn zugedachten Schläge abzuwenden, sondern auch zugleich das Land einer inneren Sanierung und Ordnung zuzuführen, die sich heute bereits in vorteilhaftester Weise von der zunehmenden innenpolitischen Verwirrung in Bukarest und Belgrad abhebt. Es kam hinzu, daß die weitere Politik der Kleinen Entente mehr und mehr die inneren Gegensätze offenbarte, die sich zwischen der antisowjetistischen Einstellung Rumäniens und dem in Prag und Belgrad vorherrschenden Panslawismus ergaben. Trotzdem war ein Führer von dem Format und der zähen Energie Bethlens notwendig, um Ungarn den Weg ins Freie zu bahnen, den es heute gefunden hat.

Kurz nach seinem Amtsantritt bereits hatte Graf Bethlen seine Absicht kundgegeben, Ungarn in die internationale Politik einzuschalten. Er konnte das aber nicht tun, ohne daß Benesch darauf erwiderte, daß er den stolzen ungarischen Magnaten demütigen werde. Manche Demütigung hat Bethlen einstecken müssen. Wenn er aber trotzdem während der Verhandlungen in Locarno bereits erklärte, daß „bei einem günstigen Ausgang dieser Konferenzen sich auch für Ungarn neue Wege auftun müßten", so erkennt man daraus die klare Folgerichtigkeit der politischen Führung Ungarns. Der neue Weg bot sich zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete durch den Ungarn im Friedensvertrag von Trianon zugesicherten freien Ausgang zum Meere. Zunächst bot Rumänien seinen Hafen Galatz an, während Fühler nach Südslawien die Belgrader Konkurrenz zu dem Angebot einer Freihafenzone in Spalato veranlaßten. Schließlich trat auch Italien auf den Plan, indem es Ungarn den Weg nach Fiume öffnen wollte, das nicht nur den kürzesten Weg zum Meere, sondern auch die seit der Vorkriegszeit bestehenden Hafeneinrichtungen und den Vorteil der seit früher gepflogenen Handelsbeziehungen für sich hatte. Der Wettlauf um Ungarn hatte damit begonnen, und zwar nicht nur aus wirtschaftlichen Interessen, sondern mit dem fortschreitenden unaufhaltsamen Verfall der Kleinen Entente auch in politischer Hinsicht, da jede Interessengruppe, Italien—Rumänien und Frankreich—Südslawien, Ungarn zum Mittelpunkt eines Systems zu machen versucht, das sowohl nach dem Balkan wie auch nach Mitteleuropa zu verwenden ist. Ungarn hatte die Wahl. Und wenn es heute in erster Linie die Freundschaftshand nach Italien hinstreckt, so kann es dafür die historische Tatsache geltend machen, daß das Volk der Magyaren von jeher der größte Feind der Slawen gewesen ist, da es in der Mitte des Donaubeckens die Vereinigung der Slawen unmög-

Drei Todesurteile im Mologa-Prozeß.

Intervention der deutschen Botschaft?

Riga, 6. April. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Moskauer Gericht das Urteil im Mologa-Prozeß gefällt. Die Moskauer Agenten der Mologa, russische Staatsangehörige, hatten Leiter sowjetrussischer staatlicher Organisationen bestochen, um sie zum Holzankauf von der Mologa zu veranlassen. **Der Direktor des Trustes Asserbeidschan Naphtha, Gußmann und die Direktoren des landwirtschaftlichen Maschinentrustes, Sitnikow und Kirejew, wurden zum Tode verurteilt.** Der Leiter des Moskauer Bureaus der Mologa, Lewin und Verditschewski, die die Bestechungsgelder gaben, wurden zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten haben gegen das Urteil Revision eingelegt.

Auch in russischen Kreisen behauptet man, daß dieses Urteil eines des strengsten sei, das bisher gefällt wurde. Der Staatsanwalt verlangte ausdrücklich die Anwendung der Höchststrafe, um ein Exempel zu statuieren. Bisher wurden solche Vergehen mit 10 bis 15 Jahren Gefängnis bestraft. In Moskau kursieren Gerüchte, daß die deutsche Botschaft in der Angelegenheit bereits interveniert habe.

*

Riga, 6. April. Aus Moskau wird gemeldet, daß das Urteil im Mologaprozeß vom Obersten Gerichtshof der Sowjetunion revidiert werden soll.

Abbruch der Lohnverhandlungen der Reichsbahn.

Berlin, 6. April. Die heutigen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Reichsbahnverwaltung über die Neuregelung der Arbeiterlöhne wurden einer Korrespondenz zufolge von den Organisationen **abgebrochen, da ihnen die Zugeständnisse der Reichsbahn in der Frage der Löhne und der Arbeitszeit als ungenügend erschienen.** Die Verwaltung hatte eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 3 Pf. die Stunde angeboten. Die Gewerkschaften werden nunmehr den Reichsarbeitsminister um Einsetzung eines Schlichtungsausschusses ersuchen. (W. T. B.)

Mißtrauensantrag gegen Grzesinski abgelehnt.

Berlin, 6. April. Im Preußischen Landtag wurde heute in namentlicher Abstimmung ein von den Kommunisten gegen den Innenminister Grzesinski eingebrachter Mißtrauensantrag abgelehnt. **Die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Völkischen hatten sich an der Abstimmung nicht beteiligt.**

Breslau, 6. April. Der Verband schlesischer Metallindustrieller hat zum Schutze der bestreikten Betriebe die angedrohte Generalaussperrung ausgesprochen. Damit sind ab Mittwoch früh 15 000 Metallarbeiter ausgesperrt.

SLUB
Wir führen Wissen.